

Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» der SVP: Ablehnende Position der IG Agrarstandort Schweiz, Bern, 9. April 2026

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» bedroht die Kerninteressen der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft. Sie setzt wichtige internationale Handelsverbindungen unserer Branche aufs Spiel und gefährdet aufgrund des zu erwartenden Arbeitskräftemangels die Versorgungssicherheit mit einheimischen Lebensmitteln. Aus Verantwortung für die Zukunft des Agrarstandortes Schweiz ist die Initiative abzulehnen.

Argumente

1. Nachhaltigkeit? Nein zum Etikettenschwindel!

Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Unser Land wächst. Das bringt Herausforderungen mit sich - insbesondere für den haushälterischen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

- Ressourcenschutz: Der Schutz der Fruchtfolgeflächen und die ressourcenschonende Bewirtschaftung von Wiesen und Äckern sind vordringlich.
- Klimawandel: Der Schutz der Kulturen vor Ernteaussfällen fordert wegen dem Klimawandel die Bäuerinnen und Bauern.
- Flächenkonkurrenz: In der Raumplanung oder der Verkehrsinfrastruktur braucht es nachhaltige Konzepte, damit die Schweizer Landwirtschaft ihre Lebensgrundlage nicht verliert.
- Internationale Beziehungen: Die ganze Wertschöpfungskette ist auf Vorleistungen, Absatz- und Beschaffungsmärkte des wichtigsten Handelspartners der Schweiz angewiesen. Diese guten Handelsbeziehungen würden durch die Initiative gefährdet.

Die Initiative bietet keinerlei Antworten auf diese Nachhaltigkeits-Herausforderungen. Während die Branche aktiv an Verbesserungen in den Bereichen Biodiversität, Einkommen, Klimaschutz und Tierwohl arbeitet, leistet die Nachhaltigkeitsinitiative dazu keinen Beitrag. Sie ist ein klassischer Etikettenschwindel.

2. Nein zum Bevölkerungsdeckel

Die Initiative gleicht einem Deckel für die Bevölkerung. Auf flexible administrative Steuerungsmassnahmen oder bürokratisch festgelegte Kontingente verzichtet sie. Solch starre Systeme haben sich denn auch in der Vergangenheit nicht bewährt. Statt die Zuwanderung durch den Arbeitsmarkt steuern zu lassen, fixiert die Initiative einen Deckel. Sobald der Deckel erreicht ist, wird es unmöglich weitere Arbeitskräfte im Ausland u.a. für die Landwirtschaft zu rekrutieren. Der Verarbeitungsindustrie - von Milchverarbeitern, Schokoladenherstellern bis hin zu Schlachthöfen - entzieht sie Planungssicherheit für künftige Investitionen. Ein extremer Nachteil für den Investitionsstandort Schweiz.

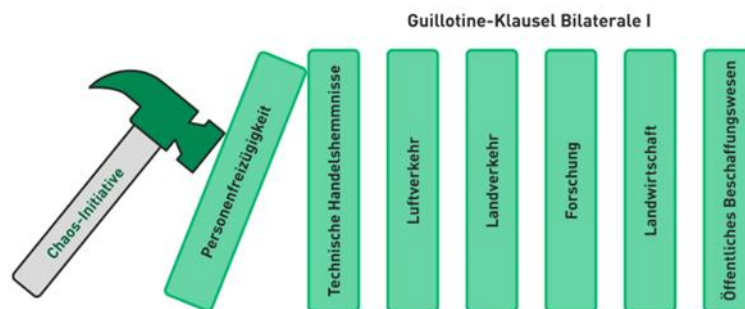


3. Nein im Interesse der Ernährungssicherung

Viele Betriebe in der Land- und Ernährungswirtschaft – darunter Gemüsebaubetriebe, Metzgereien, Molkereien und Bäckereien - sind keine Hochlohn-Betriebe und auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Ohne den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt und die Personenfreizügigkeit können die Versorgungssicherheit und Schweizer Produktion nicht gewährleistet werden. Wenn die Arbeitskräfte wegen der Initiative nicht mehr in die Schweiz kommen können, besteht das Risiko, dass die Verarbeitungsindustrie ihre Produktion dorthin verlagert, wo die Arbeitskräfte sind – ins Ausland.

4. Nein, weil wir ein gutes Verhältnis zur EU brauchen

Die Initiative ist mit den Bilateralen Abkommen nicht kompatibel. Eine Annahme würde zu Chaos im Verhältnis zu unserem wichtigsten Handelspartner, der EU, führen. Die Gegner der Initiative nennen sie daher (zugeben etwas salopp) «[Chaos-Initiative](#)». Aufgrund der «Guillotine-Klausel» in den Bilateralen I treten automatisch alle sieben Abkommen ausser Kraft, sobald eines von ihnen gekündigt wird. Da die Initiative die Kündigung der Personenfreizügigkeit verlangt, würde dies zum Wegfall des gesamten Pakets der Bilateralen I und damit auch des für uns essenziellen Agrarabkommens von 1999 führen.



Die Bilateralen I und II sind jedoch von entscheidender Bedeutung für die Schweizer Agrarpolitik (siehe auch [Positionspapier](#) der IGAS).

5. Falsche Medizin für eine alternde Gesellschaft

In einer Zeit, in der die demografische Alterung voranschreitet und immer mehr Fachkräfte in Rente gehen, ist diese Initiative gefährlich. Sie schwächt den Arbeitsmarkt, belastet die Sozialwerke und gefährdet die Versorgungssicherheit.

Auch der Bundesrat, der Nationalrat (123 zu 67 bei 6 Enthaltungen) und der Ständerat (30 zu 9 bei 5 Enthaltungen) sowie [Gewerbeverband](#) und [economiesuisse](#) warnen vor den Folgen ([Website der Gegner](#)).